

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtentwicklung und
Stadtplanung

Vorlagennummer:
611/020/2014

Fraktionsanträge Erlanger Linke Nrn. 68/2014 und 144/2014 – 10 Jahres Moratorium für Gewerbegebiete

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	11.11.2014	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen

II/WA

I. Antrag

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Fraktionsanträge der Erlanger Linke Nr. 68/2014 vom 29. April 2014 und Nr. 144/2014 vom 13. Oktober 2014 sind damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

Sachbericht

Der wirksame Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan Erlangen 2003 stellt in Grundzügen die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung für das gesamte Stadtgebiet dar, d.h. einschließlich bestehender und geplanter Gewerblicher Bauflächen.

Mit der Zielsetzung, den Wirtschaftsstandort Erlangen zu sichern, wurden diese Darstellungen getroffen, um technologischen und wirtschaftlichen Strukturveränderungen begegnen zu können.

Angesichts sich abzeichnender grundlegender struktureller Veränderungen (Stichwort: Siemens Campus, Universität), deren Auswirkungen sich in letzter Konsequenz heute nicht absehen lassen, ist es erforderlich, für in Erlangen ansässige Unternehmen Rahmenbedingungen und Standortfaktoren zu gewährleisten, die eine Entfaltung und auch ein Wachstum am Standort ermöglichen.

Dies setzt ein ausreichend qualifiziertes Angebot an gewerblichen Baugrundstücken voraus, das hinsichtlich Lage, Größe, Zuschnitt und Branche den jeweiligen Bedürfnissen gerecht wird.

Über die mehr als angespannte Situation der am Markt verfügbaren gewerblichen Baugrundstücke hat die Verwaltung im UVPA und HFPA zuletzt mit den Vorlagen 611/007/2014 im Juli 2014 sowie II/285/2014 im Januar bzw. Februar 2014 berichtet.

Die mit den Vorbereitenden Untersuchungen angestoßene Städtebauliche Gesamtmaßnahme „Gewerbegebiet Tennenlohe“ wird hierzu als Maßnahme der Innenentwicklung einen Beitrag leisten. Es ist jedoch schon heute erkennbar, dass allein Maßnahmen der Innenentwicklung nicht ausreichen werden.

Aus Sicht der Verwaltung läuft das beantragte Moratorium, in den nächsten 10 Jahren keine Gewerbegebiete in Erlangen auszuweisen, der o.g. Zielsetzung zuwider und ist daher abzulehnen.

Anlagen:

1. Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 68/2014
2. Fraktionsantrag Erlanger Linke Nr. 144/2014

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 11.11.2014

Protokollvermerk:

Herr Stadtrat HÖPPEL stellt den Antrag, das Verfahren zum Gewerbegebiet „Geisberg“ einzustellen.

**Beschluss des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses des Stadtrates Erlangen
vom 11. November 2014
mit 2 gegen 11 Stimmen**

Der Antrag ist abgelehnt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Fraktionsanträge der Erlanger Linken Nr. 68/2014 vom 29. April 2014 und Nr. 144/2014 vom 13. Oktober 2014 sind damit abschließend bearbeitet.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Janik
Vorsitzender

gez. Weber
Berichtersteller

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang